



Schorndorf

Catalent: Neues Hochregallager eingeweiht

Es ist ein Meilenstein für das Unternehmen: Nach intensiver Planung, harter Arbeit und rund 18 Monaten Bauzeit ist das neue Hochregallager des US-Unternehmens Catalent in der Steinbeisstraße eingeweiht worden – mit mehr als 30 geladenen Gästen. Auf einer Grundfläche von rund 3000 Quadratmetern ist die neue Halle entstanden – 60 Prozent dieser Fläche dienen als Hochregallager: Rund 4300 Palettenplätze sind dort für Medikamente, die bei 15 bis 25 Grad Celsius gelagert werden können, vorhanden sowie 12.000 Lagerplätze für Kleinbehälter.

► Seite B 2



Neues Catalent-Hochregallager. Foto: Beytekin

Reims-Murr

Übernimmt das Land bald die Wieslaufalbahn?

Die Wieslaufalbahn kostet einen Batzen Geld. Jahr für Jahr etliche Millionen, die der Kreis, die Stadt Schorndorf und die Gemeinde Rudersberg gemeinsam aufbringen. Nach der Flutkatastrophe vom 2. Juni stehen die Züge zwar bis auf weiteres still, weil die Gleisanlagen zerstört sind. Doch nach Jahrzehnten kommt in Sachen Aufgabenträgerschaft Bewegung auf. Das Land bietet an, die Wieslaufalbahn zu übernehmen. Die Begeisterung im Zweckverband hält sich in Grenzen. Denn ob die bisherigen Aufgabenträger auf diese Weise wirklich Geld sparen, ist fraglich.

(Foto: Habermann)

► Seite C 1



Flutgeschädigt: Die Wieslaufalbahn.

Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444
aboservice@zvw.de
8.00 - 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
18 748,18 Pkt. + 213,62 Pkt.	5050,38 Pkt. + 74,25 Pkt.	1,0890 Dollar + 0,35 Cent

Wetter

Mittags 22° | Nachts 14°
Sonne und Wolken, dabei aber nur vereinzelt Schauer



Mit Festumzug und Regen: Die 54. SchoWo ist eröffnet



Nach dem Festumzug vom Rosen- zum Marktplatz ist die 54. SchoWo auf der großen Bühne vor dem Rathaus mit einem Fassanstoß eröffnet

worden. Mit dabei waren – auch das gehört zur SchoWo-Tradition – die Schorndorfer Weiber, die Landfrauen, die Stadtgarde, der Spiel-

mannszug der Feuerwehr, Vertreter der Vereine und natürlich die Schorndorfer Ehrbarkeit: OB Bernd Hornikel und EBM Thorsten Englert. Ein-

zig das Wetter wollte nicht mitspielen: Kurz vor dem Festumzug hat kräftiger Regen eingesetzt. (nek/Foto: Grbic)

► Seite B 1

Mordkomplott gegen Chef von Rheinmetall? Kreml wehrt sich

Ob Panzer, Munition oder Flugabwehr: Rheinmetall liefert umfangreich Militärgüter an die Ukraine. Das sorgt für Unmut in Moskau. Führt der Unmut so weit, dass der Kreml den Firmenchef beseitigen will?

BERLIN/MOSKAU. Sein Einsatz für die Ukraine hat den Chef des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, einem Medienbericht zufolge ins Visier Moskaus gerückt. Wie CNN berichtet, haben US-Geheimdienste Anfang des Jahres Pläne der russischen Regierung aufgedeckt, den deutschen Manager zu ermorden. Informierten Kreisen zufolge hat er seit Monaten „massiven Personenschutz“. Der Kreml dementierte die angeblichen Anschlagpläne.

Bei einem öffentlichen Auftritt im Mai in Düsseldorf wurde Papperger von mehreren Polizisten in Zivil begleitet. Die Behörden ermöglichten „ein hohes Maß an Sicherheit um meine Person“, sagte der 61-Jährige der „Financial Times“, nachdem der CNN-Bericht über die angeblichen russischen Pläne bekannt wurde. Er fühle sich immer sicher, er sei „ein sehr glücklicher Mann“.

In der deutschen Rüstungsbranche nimmt Papperger eine Sonderrolle ein. Zum einen ist seine Firma mit großem Abstand die Nummer 1 der heimischen Waffenschmieden, zum anderen tritt er ganz anders auf als andere Rüstungsmanager: Während

„Das größte Erfolgserlebnis für mich war, wie stark wir der Ukraine helfen konnten. Diese Menschen kämpfen mit ihrem Blut für die Freiheit Europas.“

Armin Papperger,
Rheinmetall-Chef



Foto: dpa/
Bernd von Jutrczenka

die Branchenkollegen die mediale Öffentlichkeit eher meiden, begibt sich der 61-Jährige zielstrebig immer wieder in das mediale Scheinwerferlicht. „Das größte Erfolgserlebnis für mich war, wie stark wir der Ukraine helfen konnten“, sagte Papperger. „Diese Menschen kämpfen mit ihrem Blut für die Freiheit Europas.“ Rheinmetall habe der Ukraine „extrem viel“ liefern können.

Sollte der CNN-Bericht stimmen, so wäre es nicht die erste russische Bedrohung, der sich Rheinmetall ausgesetzt sieht. Als Papperger im März 2023 den Plan öffentlich machte, in der Ukraine eine Panzerfabrik zu bauen, drohte der russische Ex-Präsident Dmitri Medwedew mit dem Beschuss der Anlagen durch russische Marschflugkörper.

Deutsche Politiker äußerten sich besorgt über den angeblichen Anschlagplan, der FDP-Bundestagsabgeordnete Reinhard Houben forderte eine Sondersitzung des Bundessicherheitsrats. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte: „Es zeigt, in welcher Welt wir leben und wie gefährlich diese Welt sein kann.“

dpa

Kommentar

Kommentar

In Putins Fadenkreuz

Der Kreml-Herrscher hat längst sein Schlachtfeld ausgeweitet – bis nach Europa und Deutschland.

VON TOBIAS HEIMBACH

Wie skrupellos das Regime von Russlands Machthaber vorgeht, sollte niemand überraschen. Wer ein Kinderkrankenhaus mit Marschflugkörpern beschießen lässt, hat gezeigt, dass menschliche Werte für ihn nichts zählen. Insofern verwundert es kaum, dass russische Agenten einen Mordanschlag auf Armin Papperger geplant haben sollen, den Chef des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Und doch ist das bemerkenswert. Der Fall zeigt, dass in Wladimir Putins Vorstellung sein Schlachtfeld nicht an der ukrainischen Grenze endet. Längst hat er es ausgeweitet bis nach Deutschland.

Experten sprechen oft von einem hybriden Krieg, wenn es darum geht, welche Mittel Russland anwendet. Dazu zählen Cyberattacken, das Verbreiten von Lügen und Falschnachrichten. Putin beherrscht das meisterhaft. Dass er auch nicht vor Attentaten auf deutschem Boden zurückschreckt, ist ebenfalls bekannt. Ein vom russischen Geheimdienst FSB beauftragter Mann erschoss 2019 einen Georgier in einem Berliner Park. Nun sollte es Papperger treffen – und wohl auch weitere Chefs von Rüstungskonzernen.

Mit Blick auf Russland zeigt sich, dass man sich keinen Illusionen hingeben darf. Der Ukraine-Krieg muss aufhören, und zwar möglichst schnell. Doch das wird nicht funktionieren, indem man Putin Zugeständnisse macht – in der vagen Hoffnung selbst verschont zu werden. Auch Deutschland ist längst in Putins Fadenkreuz.

Die EM in Kürze

Der Zweikampf der verrückten Veteranen

Beim Finale kämpfen die Altstars Dani Carvajal (Spanien) und Kyle Walker (England) nicht nur um den EM-Pokal – sondern auch um den Status als bester Rechtsverteidiger.

„Tu es für mich“

Sven-Göran Eriksson, Ex-Trainer der Engländer, ist todkrank. Nun wünscht er sich vom aktuellen Coach Southgate den Titel.

Vor dem großen Finale in Berlin: die Tops und Flops der EM

Was war gut, was lief schlecht beim Heimturnier? Was wird bleiben – und was sollte sich ändern? Ein einordnender Rückblick des Fußballfestes in sechs Punkten.

Experten: Land verfehlt seine Klimaziele

Bis 2040 will Baden-Württemberg klimaneutral sein. Wissenschaftler haben Zwischenstand errechnet.

STUTTGART. Baden-Württemberg droht seine Klimaziele zu verfehlen. Das geht aus einer Prognose von Wissenschaftlern hervor, die in Stuttgart vorgestellt wurde. Die Experten hatten für das Land in einem sogenannten Klimaprojektionsbericht berechnet, inwieweit Baden-Württemberg auf dem richtigen Kurs ist, seine Klimaziele zu erreichen.

Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Dem Bericht zufolge wird das Zwischenziel bis 2030 nicht erreicht. Die FDP sprach sich erneut für eine Abschaffung der Sektorenziele aus. „Die Sektorenziele der Landesregierung scheitern aktuell an der Wirklichkeit und wären nur durch sofortige und überzogene Eingriffe in den Sektoren Landwirtschaft und Verkehr erreichbar.“

dpa

Kindergrundsicherung: Lindner erteilt Paus Absage

Es sollte das große Sozialprojekt der Ampel sein. Nun ist klar: Mittelfristig gibt es nur leichte Verbesserungen für ärmere Familien.

BERLIN. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat den ursprünglichen Plänen von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) für eine Kindergrundsicherung eine Absage erteilt. Die Regierung werde in dieser Wahlperiode den Kindersofortzuschlag fortführen und den Kinderzuschlag anheben, sagte Lindner den Zeitungen des Redaktionsnetzwerk Deutschland. Eine „neue Behörde mit vielleicht 5000 Mitarbeitern“ werde es hingegen mit seiner Partei nicht geben.

Derzeit werde im Bundestag noch über das sogenannte Kinderchancenportal verhandelt, wobei es sich dabei lediglich um ein Informationsangebot handele, betonte der FDP-Chef. „Ob in dieser Wahlperiode bei der Zusammenarbeit der Behörden noch mehr möglich ist, wird sich zeigen.“

Die Kindergrundsicherung soll mehrere Sozialleistungen für Familien mit Kindern bündeln und leichter zugänglich machen.

Angestrebtes Startdatum war eigentlich 2025. Doch von der FDP kommt anhaltender Widerstand. Sie wirft Familienministerin Paus vor, mit dem Projekt gegen Kinderarmut eine überbordende Bürokratie zu schaffen und Arbeitsanreize zu verringern. Paus sieht ihre Pläne trotz der Ablehnung Lindners noch nicht als gescheitert.

Im Haushaltskompromiss der Regierungsspitzen sind für das kommende Jahr eine leichte Erhöhung des Kindergelds und des Kinderzuschlags für einkommensschwache Familien vereinbart.

Die Linken-Vorsitzende Janine Wissler nannte am Freitag Lindners anhaltenden Widerstand gegen die Kindergrundsicherung „beschämend“. Die Vorsitzende des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, erklärte: „Die Regierung muss jetzt den Mut haben, den Systemwandel einzuläuten. Alles andere ist fadenscheinig.“

AFP/red